

Ich appelliere an Sie als Demokraten, das Thema Patriotismus und den Erhalt unserer Kultur und unserer Werte noch viel stärker als bisher auf die Agenda zu setzen.

(Beifall bei der CSU)

Ständig ist zu hören, wie darüber debattiert wird, wie sich unser Land nun verändern wird. Ich

– so Charlotte Knobloch –

bin der festen Überzeugung: Unser Land darf sich nicht verändern.

(Beifall bei der CSU – Hans Herold (CSU): Bravo!)

Diesem Wort von Charlotte Knobloch muss man nichts hinzufügen. – Ich danke.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident.

Bevor ich die Aussprache eröffne, möchte ich noch die Gelegenheit nutzen, Gäste zu begrüßen. Auf der Ehrentribüne haben Herr Jeffrey Hovenier, Gesandter Botschaftsrat für politische Angelegenheiten der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika, und Herr Konsul Scott Woodard, Leiter der politischen und wirtschaftlichen Abteilung am Generalkonsulat der Vereinigten Staaten von Amerika in München, Platz genommen. Ich heiße Sie herzlich willkommen und wünsche Ihnen einen informativen und angenehmen Aufenthalt in diesem Hause.

(Allgemeiner Beifall)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtrededzeit der Fraktionen beträgt 132 Minuten und verteilt sich auf die Fraktionen wie folgt: CSU 44 Minuten, SPD 33 Minuten, FREIE WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils 27,5 Minuten. Das Wort hat der Oppositionsführer, Herr Abgeordneter Rinderspacher von der SPD.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Ich möchte etwas von dem zurückgeben, was mein Leben mir geschenkt hat." Das sagt der 71-jährige Flüchtlingshelfer Helmut Schweiger aus München-Trudering. Helmut Schweiger hat sich zu seinem Geburtstag von seinen Freunden keine Geschenke gewünscht. Nach einem erfolgreichen und erfüllten Berufsleben hat er alles Wichtige, was er braucht, sagt er. Stattdessen hat er im Freundeskreis Geld ge-

sammelt und selbst noch etwas für die Flüchtlinge obendrauf gelegt. Seit vielen Monaten engagieren sich Waltraud und Helmut Schweiger in der Flüchtlingsunterkunft in der Münchner Fauststraße. Dort leben etwa 100 junge Männer, vorwiegend aus Eritrea. Sie sind aus dem afrikanischen Gulag vor einer der brutalsten Diktaturen geflüchtet, die es je auf dem schwarzen Kontinent gegeben hat. Waltraud und Helmut Schweiger engagieren jeden Sonntag Wochenendausflüge mit den Flüchtlingen, mit dem Radl geht es auf den bayerischen Bauernhof oder ins Deutsche Museum.

Bayern, liebe Kolleginnen und Kollegen, zeigt sich mit Menschen wie Waltraud und Helmut Schweiger in diesen Monaten von seiner allerstärksten Seite.

(Beifall bei der SPD)

Die Menschen im Freistaat lassen sich nicht von Kleinmut, Verzagtheit, Zögerlichkeit und Kulturpessimismus regieren und beherrschen. Landauf, landab helfen pensionierte Lehrer jugendlichen Flüchtlingen bei den Hausaufgaben oder geben Deutschunterricht. Ehrenamtliche unterstützen Asylsuchende dabei, sich im Behörden- und Formulardschungel zurechtzufinden. Sie begleiten kranke Flüchtlingskinder bei Arztbesuchen. Jurastudenten bieten eine kostenlose Rechtsberatung an.

Unsere Landeshauptstadt München hat in diesen Wochen ihrem Ehrentitel "Weltstadt mit Herz" neues Gewicht gegeben, München steht damit exemplarisch für ganz Bayern. Die Münchnerinnen und Münchner reichen den Zufluchtsuchenden bei der Ankunft im Hauptbahnhof die Hand. Sie sind hilfsbereit und solidarisch. Sie verstehen den Hinweis der Bundeskanzlerin "Wir schaffen das" als ermutigende Aufforderung und lassen sich auch von missmutigen Bekundungen nicht abbringen. Der britische "Independent" schreibt mit Blick auf die Bilder aus München von einem moralischen Vorbild.

Wenn die CSU die bayerischen Bilder der Hilfsbereitschaft und des Willkommens als kontraproduktiv bezeichnet, wenn Herr Seehofer auch am Wochenende – wie auch heute in der Regierungserklärung – von der Kanzlerin wieder ein gegenteiliges Signal, also ein Signal des Nicht-Willkommens, der Abschottung und der Abschreckung, einfordert, hat die Bundeskanzlerin zu Recht irritiert reagiert, dass ausgerechnet ihre Schwesterpartei, eine sich christlich nennende Partei, öffentliche Zeichen der Hilfsbereitschaft und christlicher Nächstenliebe missbilligt.

(Beifall bei der SPD)